

SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

4x NEIN am 14. Juni!

Asylpolitik 4-5

Sommarugas Asyl-Versagen



Erbschaftssteuer 7

Augenwischerei von links!

Keine neuen Steuern!

Erbschaftssteuer vernichtet Arbeitsplätze und macht uns alle ärmer.

Billag-Mediensteuer 13

Absurd und ungerecht!



Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen
Neue Billag-Mediensteuer **NEIN**



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

MUSTER

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 14. Juni 2015

Wollen Sie den Bundesbeschluss vom 12. Dezember 2014 über die Änderung der Verfassungsbestimmung zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich annehmen?	Antwort NEIN
Wollen Sie die Volksinitiative «Stipendieninitiative» annehmen?	Antwort NEIN
Wollen Sie die Volksinitiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)» annehmen?	Antwort NEIN
Wollen Sie die Änderung vom 26. September 2014 des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG) annehmen?	Antwort NEIN

Die SVP in den Schweizer Medien im April und Mai

Das Wort des Parteipräsidenten

Frei bleiben?

TagesAnzeiger

Front Zürich Schweiz International Wirtschaft Börse Sport Kultur Leben Wissen

Bildtrecken

SVP und FDP wollen Sparvorgabe durchsetzen - und die CVP?

Das «Schulterschluss»-Papier von SVP, FDP und CVP verlangt eine rigorose beim Bundesbudget für 2016. Heute wollen FDP und SVP beweisen, dass sie meinen.



Auftritt mit Folgen (v.l.): Die Parteichefs Christophe Darbellay (CVP), Philipp Müller (FDP) und Toni Brunner (SVP) präsentierten Ende März den «Schulterschluss»-Forderungskatalog. Bild: keystone



Die freie Meinungsäußerung ist das Markenzeichen eines demokratischen und offenen Rechtsstaates. Diese ist in der Schweiz mehr als in Gefahr. Es muss uns zutiefst beunruhigen, wenn in unserem Land politische Urteile gefällt werden und unbescholtene Mitbürger abgestraft werden.

Was ist passiert? Unser Generalsekretär Martin Baltisser und seine Stellvertreterin Silvia Bär sind von einer Einzelrichterin an einem Berner Regionalgericht wegen angeblicher Rassendiskriminierung in erster Instanz verurteilt worden. Unsere beiden Mitarbeiter sollen gegen den Rassismus-Artikel im Strafgesetzbuch verstossen haben, weil sie für die SVP in einem Inserat ein Gewaltverbrechen, das sich im August 2011 zugetragen hat, beschrieben haben.

Zwei Kosovaren hatten im August 2011 auf der Terrasse eines Restaurants in Interlaken zwei Schweizer angepöbelt. Daraus entwickelte sich eine Auseinandersetzung, worauf einer der zwei Angreifer einem einheimischen Schwinger die Kehle aufgeschlitzt und diesen lebensgefährlich verletzt hat. Die SVP hatte diese unfassbare Tat in einem Inserat aufgegriffen und auf der Basis von Medienberichten beschrieben.

Unfassbar!

Weit haben wir es in der Schweiz also gebracht. Aus einem Verbrechen wird willkürlich ein zweites konstruiert, nur weil jemand das erste beschrieben hat. Der Überbringer der schlechten Nachricht wird bestraft. Wenn das Schule macht, dann darf künftig nicht mehr gesagt und geschrieben werden, was ist. Dann ist die Meinungsäußerungsfreiheit nicht mehr gewährleistet. Dann haben unsere politischen Gegner erreicht, was sie wollen. Wer nicht schweigt und Missstände offenlegt, der wird politisch verfolgt. So hat es in totalitären Staaten angefangen.

Bei der Abstimmung zum Rassismus-Artikel war die Rede davon, man wolle Holocaust-Leugner bestrafen. Unterdessen werden Jodelchörli, Fasnachtscliquen und Parteikader verzeigt oder gar vor den Richter gezerrt.

Dieses absurde Urteil öffnet Tür und Tor, dass es in unserem Land wieder politisch Verfolgte gibt. Das Urteil gehört daher überprüft und muss weitergezogen werden.

Nationalrat Toni Brunner, Präsident der SVP Schweiz



Wichtige „Milchkuh“

Die „Milchkuh-Initiative“ will, dass das Geld der Autofahrer nicht mehr zweckentfremdet, sondern endlich für den Ausbau der Strassen-Infrastruktur verwendet wird. Es ist die wichtigste Verkehrs-Abstimmung seit Jahrzehnten.

von Nationalrat Walter Wobmann, Gretzenbach (SO)

Heute bezahlen Schweizer Autofahrer gut 9,4 Mrd. Franken jährlich über Vignette, Benzinabgaben, Steuern und Gebühren. Nicht eingerechnet sind die Motorfahrzeugsteuern und die Bussen-Einnahmen der Kantone und Städte. Über 70 Prozent dieser Mittel werden für die allgemeine Bundeskasse und den öffentlichen Verkehr abgezackt.

Zweckentfremdung und Wildwuchs stoppen

Bundesrätin Doris Leuthard und ihr Vorgänger Moritz Leuenberger haben den Ausbau des schweizerischen Strassennetzes verschlafen, ja gar absichtlich verzögert, um in der gleichen Zeit Dutzende Mrd. Franken in den Öffentlichen Verkehr pumpen zu können. Als man merkte, dass die Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene nicht wirklich funktionierte und in der EU die Strasse weiterhin Hauptverkehrsträgerin

blieb, liessen die Verantwortlichen den Ausbau der Strasseninfrastruktur immer noch schleifen.

Genug Geld für Ausbau des Strassennetzes vorhanden

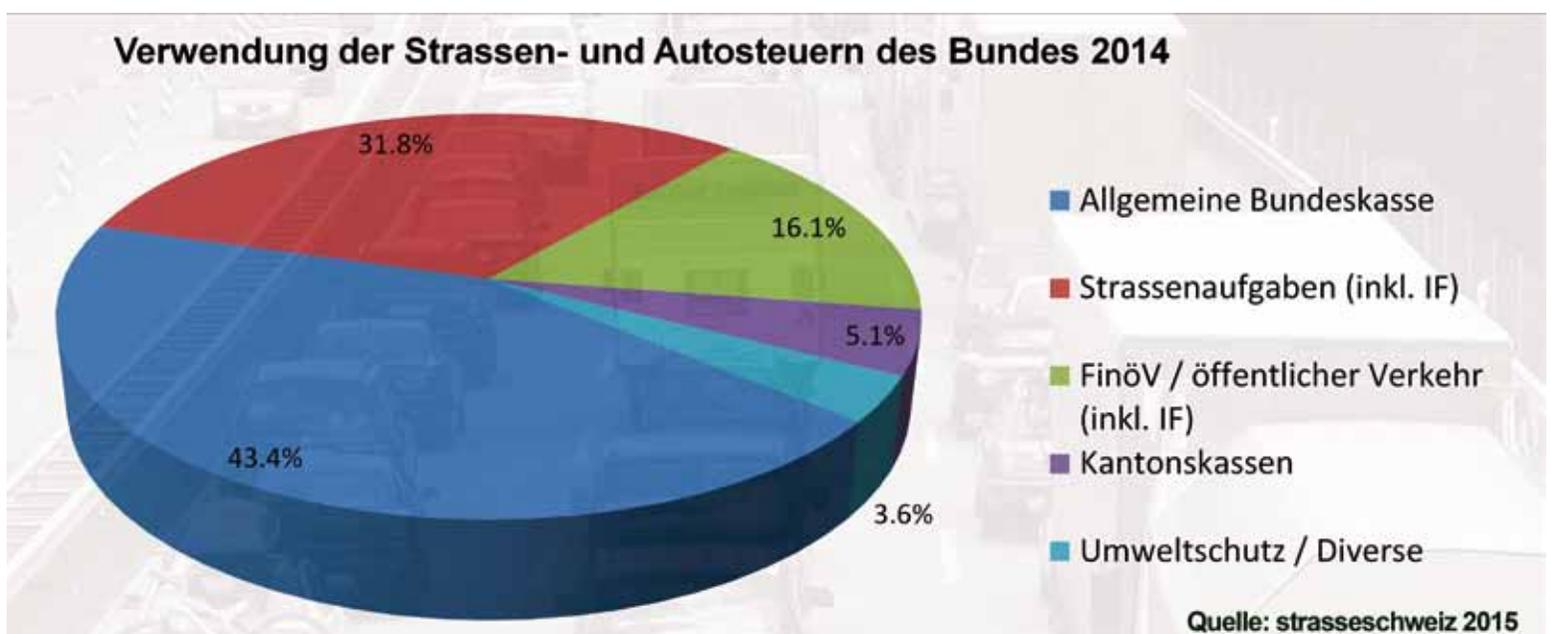
Völlig verantwortungslos war es, den Ausbau der Strassen weiter zu vernachlässigen, als die Bevölkerung in unserem Land wegen der Personenfreizügigkeit anfang, um 80'000 Personen netto pro Jahr zu wachsen. Denn jetzt rächt sich die von Linken und der CVP zu verantwortende Verkehrspolitik. Die rasch wachsenden Staus kosten die Volkswirtschaft Milliarden Franken.

Der Gipfel ist aber, dass Stauministerin Doris Leuthard jetzt noch mehr Geld verlangt, um die Autobahnen endlich ausbauen zu können. So werden die Autofahrer doppelt und dreifach zu Milchkuhen. Die Verkehrsfinanzierung der Schweiz ist völlig aus dem Ruder gelaufen. Das Volk muss eingreifen.

Die Volksinitiative „Für eine faire Verkehrsfinanzierung (Milchkuh-Initiative)“ will, dass die Einnahmen aus dem Strassenverkehr konsequent in die Strasseninfrastruktur investiert werden. Zudem muss bei Annahme der Milchkuh-Initiative künftig jede Einführung oder Erhöhung von Steuern, Gebühren und Abgaben im Bereich des Strassenverkehrs dem fakultativen Referendum unterstehen.

Von einem Ja zur „Milchkuh-Initiative“ profitieren alle

Von einem Ausbau der Strassen profitieren nicht nur Autofahrer, sondern auch der Schwerverkehr, ein Teil des öffentlichen Verkehrs, Motorräder, Fahrräder und Fussgänger. Die „Milchkuh-Initiative“ korrigiert nicht nur die vom Parlament in Bern fehlgeleiteten Finanzierungswege, sondern bringt der Bevölkerung endlich eine Verkehrsinfrastruktur, welche auch in Zukunft funktioniert.



Die «Milchkuh-Initiative» will sicherstellen, dass die Strassenbenützer mitentscheiden können: Wenn die Autofahrer bezahlen sollen, dann müssen sie auch das Sagen haben.

Mehr Informationen: www.milchkuh-initiative.ch

Sommarugas Asyl-Versagen

Die Probleme im Schweizer Asylchaos sind hausgemacht. Mit der von der SP-Bundesrätin vorangetriebenen Sogwirkungs-Politik wurden viele Fehlanreize und neue Missstände produziert, die neben den echten Flüchtlingen auch zehntausende von Scheinasylanten in die Schweiz locken.

von Nationalrat Adrian Amstutz, Fraktionspräsident, Sigriswil (BE)



Vorab junge, alleine reisende Männer aus sicheren Staaten suchen so für sich langfristig ein besseres Leben. Mit einer schnellen Anerkennung oder vorläufigen Aufnahme werden die Erledigungsstatistiken geschönt und Scheinerfolge kommuniziert, die unsere

„Bunderätin Sommaruga hat versagt. Ein Wechsel an der Spitze des EJPD ist nach den Wahlen im Oktober unabdingbar.“

Kantone und Gemeinden dereinst mit Steuergeldern teuer bezahlen

müssen. Diese Leute haben nämlich das klare Ziel, in der Schweiz zu bleiben und unsere Sozialwerke zu belasten. Bundesrätin Sommaruga hat ihre SP-Politik bisher erfolgreich durchgesetzt. Profitiert haben die Scheinasylanten. Verloren haben die Schweizer Bevölkerung und die echten Flüchtlinge. Bunderätin Sommaruga hat versagt. Ein Wechsel an der Spitze des EJPD ist nach den Wahlen im Oktober unabdingbar.

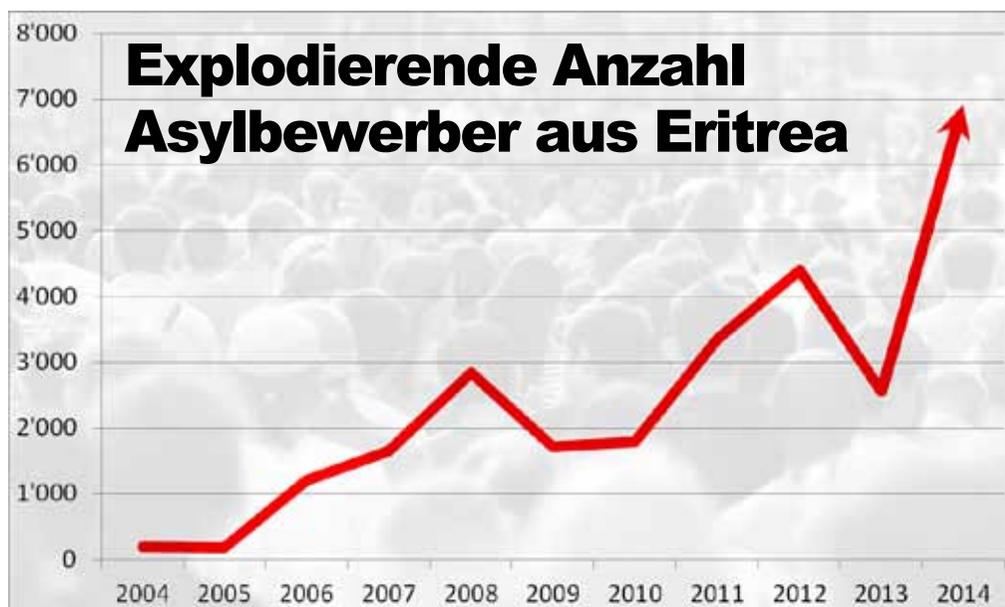
Die Zahl der Asylgesuche hat sich mit der Übernahme des EJPD durch Eveline Widmer-Schlumpf und schliesslich Simonetta Sommaruga mehr als verdoppelt. Seit letztere im Amt ist, lagen die Gesuchzahlen nie mehr unter 20'000 pro Jahr. Für das Jahr 2015 rechnet das Staatssekretariat für Migration mit 29'000 Gesu-

chen. Das wäre der höchste Wert seit 15 Jahren. Die Zahlen zeigen, dass die Schlepperbanden schnell auf die von den jeweiligen Bundesräten ausgesendeten Signale reagieren. Die Schweiz nimmt trotz Schengen-/Dublinvertrag nach wie vor viel mehr Asylgesuchstellende auf als die allermeisten EU-Staaten. Die Kosten hierfür explodieren und betragen jährlich allein auf Bundesebene weit über eine Milliarde Franken.

Eritrea und Sri Lanka

Entgegen den Medienberichten, stammen die meisten Asylbewerber nicht aus Syrien, sondern aus Eritrea und Sri Lanka. Das Eritreer-Problem wurde bekanntlich durch den fatalen Entscheid der damaligen Asylrekurskommission im Dezember 2005 ausgelöst, wonach Dienstverweigerer aus Eritrea Asyl er-

Die Zahlen der Asylgesuche aus Eritrea zeigen, dass der Entscheid der Asylrekurskommission 2005 eine Gesuchsflut ausgelöst hat. Die Verabschiedung der verschärfenden Gesetzesrevision 2012 hat zu einer Senkung der Gesuche geführt, während die klare Missachtung ebendieser Gesetzesänderung durch das EJPD ab 2014 die Zahlen endgültig explodieren liess.



Jeder Dritte Asylbewerber in der Schweiz kam 2014 aus Eritrea. Entgegen den Medienberichten, stammen in der Schweiz die meisten Asylbewerber nicht aus Syrien (3'819), sondern aus Eritrea (6'923).

halten sollen. Auf Druck der SVP wurde in der Folge eine Gesetzesrevision vom Parlament und vom Volk in einer Referendumsabstimmung am 9. Juni 2013 angenommen, wonach Wehrdienstverweigerung nicht mehr als Flüchtlingseigenschaft gilt. Doch bereits im Abstimmungskampf wies Bundesrätin Sommaruga darauf hin, dass die Gesetzesänderung toter Buchstabe bleiben würde. Da die Wehrdienstverweigerung nicht mehr als Flüchtlingseigenschaft gilt, werden Personen aus Eritrea nun einfach aufgrund der illegalen Ausreise aus ihrem Heimatland Eritrea als Flüchtlinge anerkannt. Dies zeigt, dass die Führung des EJPD und deren politische Ausrichtung matchentscheidend für oder eben gegen eine Lösung des Asylchaos sind. Das bestätigen auch die Gesuche aus Sri Lanka. Im Sommer 2013 wurden zwei aus der Schweiz zurückgeschaffte Tamilen in Sri Lanka verhaftet. Daraufhin hat das damalige Bundesamt für Migration die Rückschaffung von Tamilen vorübergehend suspendiert.

Sogwirkung auf Sri Lanka

Diese Praxisänderung, zusammen mit der hohen Anerkennungsquote, hatte eine regelrechte Sogwirkung zur Folge und dazu geführt, dass 19% aller weltweiten Asylgesuche von Personen aus Sri Lanka 2014 in der Schweiz gestellt wurden. Dieser

Massenzustrom aus einem Land, in dem der Bürgerkrieg vorbei ist, muss politisch unterbunden werden.

International aktiv werden

Doch der Bundesrat muss sich auch international für eine glaubwürdige Asylpolitik einsetzen. Die heutige Asylpolitik Europas führt dazu, dass die Schlepper immer mehr Menschen zur gefährlichen – teilweise tödlichen – Überfahrt animieren und sich mit dieser menschenverachtenden kriminellen Tätigkeit masslos bereichern. Daher muss die Schweiz zusammen mit Europa und der UNO dafür besorgt sein, dass die Überfahrt gar nicht angetreten wird.

Innerhalb Europas muss der Bundesrat dafür besorgt sein, dass das Dubliner-Abkommen endlich vertragsgemäss umgesetzt wird. Dieses ist mit der heutigen Praxis zu Lasten der Schweiz nicht das Papier wert. Italien und Griechenland brechen das Abkommen tagtäglich, indem sie die in ihren Ländern ankommenden Migranten nicht vertragsgemäss registrieren und betreuen oder sich schlicht nicht um diese kümmern und gegen Norden durchwinken.

Rückschaffungen nach Italien und Griechenland werden von diesen Vertragsstaaten bewusst torpediert und Entscheide des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte erschweren und verunmöglichen solche Rückführungen. Sollte das Dublin-Abkommen weiterhin derart einseitig auf Kosten der Schweiz ausgehöhlt werden, muss der Bundesrat das Schengen- und Dublin-Assoziierungsabkommen kündigen.

Bereits jetzt sind die Grenzen – insbesondere zu Italien – wieder systematisch zu kontrollieren, damit die illegale Einwanderung von Wirtschaftsmigranten und Kriminaltouristen bereits an der Grenze wirksam verhindert werden kann.

Nicht eine SP-Politik der unbeschränkten Aufnahme und Integrationsförderung, sondern eine klare durch Parlament und Volk geforderte echte Asylpolitik ist von Bund und Kantonen durchzusetzen. Zudem sind die vorhandenen Entwicklungshilfegelder rund um die Kriegsregionen vor Ort einzusetzen. Das hilft den wirklich mittellosen und verfolgten Menschen, ist halb so teuer und doppelt so wirksam.

Stopp der Regulierungsflut

Die Euro-Schwäche ist für unsere exportorientierte Wirtschaft und den Tourismus schmerzhaft. Der Arbeitsplatz Schweiz und damit die Arbeitsplätze geraten unter Druck. Es gilt jetzt, mit einer konsequenten Deregulierung die staatlichen Strukturen zu verschlanken und Schweizer Arbeitsplätze zu sichern.

von Nationalrat Hansjörg Knecht, Mitinhaber und Geschäftsleiter der Knecht Mühle AG in Leibstadt (AG)

Es ist unbestritten: Die KMU-Betriebe und das Gewerbe sind die Säulen unserer Wirtschaft und somit unseres Wohlstandes. Aber auch die international tätigen Grosskonzerne, als wichtige Kunden der lokalen Zulieferer und Dienstleister haben eine grosse Bedeutung. Sie alle sind auf gute Standortbedingungen angewiesen.

Aber wie sieht die Realität aus?

Das „Doing Business“-Ranking 2014 der Weltbank zeigt auf, dass die Schweiz in den letzten 10 Jahren von Platz 11 auf Platz 29 von insgesamt 185 untersuchten Ländern zurückgefallen ist. Die Position der Schweiz als Top-Wirtschaftsstandort ist also ernsthaft in Gefahr. Und dies ist hausgemacht. Darum sind Parlament und Verwaltung gefordert, diese für die Wirtschaft lähmende Entwicklung zu stoppen. Konkret heisst das: Die Unternehmungen sind zu schützen vor den Anmassungen der ausufernden Bürokratie, vor einem nimmersatten Fiskus, aber auch vor den Gewerkschaften. Ich gebe Ihnen ein paar konkrete Beispiele:

„So kann es nicht weitergehen. Das blosses Abschreiben von internationaler, meist komplizierter Regulierung muss unterbunden werden.“

Beispiel Bürokratie

Jedes der über 300'000 KMU ist heute



Es braucht jetzt eine konsequente Deregulierung und den Verzicht auf wirtschaftsschädliche Ideen und Vorlagen.

durchschnittlich während 650 Stunden pro Jahr (1986: noch 370 Stunden) einzig und allein mit der Erledigung des Papierkriegs beschäftigt. Ich bin ja selber Unternehmer und kann „ein Lied davon singen“. So kann es nicht weitergehen. Das blosses „Abschreiben“ von internationaler, meist komplizierter Regulierung muss unterbunden werden. Und es muss auch verhindert werden, dass die Schweiz den Musterschüler spielt, indem sie EU-Recht noch vor den einzelnen Mitgliedstaaten umsetzt.

Beispiel Steuer- und Abgabelast

Bereits heute zieht der Staat mit Steuern und Abgaben die Hälfte unseres Einkommens ein. Wenn wir nicht aufpassen, wird das bereits über die Einkommens- und Vermögenssteuern versteuerte Geld bald noch ein drittes Mal über die unsägliche Erbschaftsteuer versteuert. Oder ein weiteres Beispiel ist die Energiestrategie: Alleine mit der Erhöhung der kostendeckenden Einspeisevergütung und

der CO₂-Abgabe belaufen sich die Subventionen auf über 2 Milliarden Franken pro Jahr. Die Rechnung wird insbesondere den Steuerzahlern, Privathaushalten und dem Gewerbe präsentiert werden.

Beispiel absurder Fluchtweg

Hier noch ein Beispiel aus meiner Praxiserfahrung, und es gäbe noch viele weitere. Bei einer Silo-Lagerräumweiterung wurde aufgrund der grösseren Distanz zum bestehenden Treppenhaus (Fluchtweg) ein zusätzlicher Fluchtweg mittels Aussentreppenhaus verordnet. Die Folge: Es musste eine zusätzliche Fluchttreppe mit Mehrkosten von weit über 100'000 Franken eingebaut werden. Dies hat mit „gesundem Menschenverstand“ nichts mehr zu tun. Bei einem Bürogebäude macht diese Auflage sicher Sinn. Aber bei einer Getreidesiloanlage, wo sich grundsätzlich keine Personen auf den Stockwerken aufhalten und nur alle zwei Wochen ein kurzer Kontrollgang nötig ist, ist eine solche Auflage absurd.

Augenwischerei von links

Die Erbschaftssteuerinitiative hält nicht, was sie verspricht – sie ist weder liberal noch wird damit die AHV nachhaltig saniert. Vielmehr trifft diese Steuer den Mittelstand, namentlich Hauseigentümer, sowie das Kleingewerbe und schwächt damit letztlich die Schweiz empfindlich.

Die von links lancierte Volksinitiative „Millionen-Erb-schaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)“ gaukelt einfache Lösungen für komplexe Fragestellungen vor. Die Initiative löst aber keine Probleme, sondern schafft in unsicheren Zeiten neue Unwägbarkeiten. Die Initianten behaupten,

Kantone wären zwar für die kostenintensive Erhebung zuständig, würden aber nur noch einen Drittel der Mittel erhalten. Die Vorlage stellt direkte Nachkommen im Vergleich zu heute schlechter und will bereits mit der Vermögenssteuer besteuerte Vermögen nochmals besteuern. Es handelt sich dabei, in Kombination mit der im inter-

inklusive Schenkungen, und nicht, wie viel davon beim einzelnen Erben anfällt. Nicht besteuert werden Zuwendungen an den Ehepartner oder den eingetragenen Partner. Nimmt man das gesamte Vermögen (also Liegenschaften, Vorsorgegelder, Erspartes, Wert-schriften, Kunstobjekte, Sammlungen, Erbschaften etc.), so ist der Freibetrag in vielen Fällen bald einmal überschritten. Diese Initiative schwächt deshalb vor allem den Mittelstand.

Schenkungssteuer mit Rückwirkung

Die Ermässigungen für Unternehmen und Landwirtschaftsbetriebe sind in der Initiative nicht definiert. Zusammen mit der Rückwirkungsklausel für Schenkungen ab dem 1. Januar 2012 droht daher eine grosse Unsicherheit. Wird das Gewerbe mit einer zusätzlichen Steuer belastet, so leidet darunter der Wirtschaftsstandort Schweiz. Augenwischerei wird auch in Bezug auf die Sanierung der AHV betrieben. Die Finanzierungslücke der AHV beträgt bis 2030 ca. 9 Mia. Franken. Für die AHV braucht es andere Reformen, die auch bereits angegangen werden. Dazu braucht es keine neue Erbschaftssteuer.

Sagen darum auch Sie Nein am 14. Juni!



von Nationalrat
Hans Egloff,
Aesch (ZH)



Die Erbschaftssteuer entzieht den KMU beim Übergang auf die nächste Generation Geld oder blockiert wesentliche Mittel.

ten, dass es sich um ein urliberales Anliegen handle, als hätten sich SP und Gewerkschaften schon jemals für liberale Anliegen eingesetzt!

Steuerhoheit der Kantone ausgehebelt

Die neue Bundessteuer entzieht den Kantonen ihre Steuerkompetenz und schwächt den Steuerwettbewerb. Die

nationalen Vergleich sehr hohen jährlichen Vermögenssteuer in der Schweiz, um klassische Umverteilung.

Sparen wird bestraft

Auch die Behauptung, es würden nur die Reichsten von dieser Steuer betroffen, trifft nicht zu. Dafür ist der willkürliche Freibetrag von 2 Millionen Franken zu tief angesetzt. Massgebend ist die Höhe des gesamten Nachlasses,



Die SVP Schweiz empfiehlt die NEIN-Parole zur Volksinitiative «Millionen-Erb-schaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)».
Mehr Informationen: www.erbschaftssteuer-nein.ch

Alle Kräfte mobilisieren!

Die kantonalen Wahlergebnisse zeigen auf, dass es der SVP nicht in genügendem Mass gelungen ist, zu mobilisieren. Die Wahlbeteiligung ist – gerade auch in unseren Hochburgen - stark gesunken.

Planen Sie jetzt schon die Anlässe SVP bi dä Lüt bis zu den Wahlen vom 18. Oktober 2015. SVP bi de Lüt bedeutet, die SVP ist dort, wo die Leute sind, geht zu ihnen (Bewilligungen einholen nicht vergessen):

- SVP in Quartieren, auf Stadtplätzen mit Wahlmobil vor Ort
- SVP-Marktstände an wöchentlichen Märkten, an grossen Stadtfesten etc.
- Bahnhof-Verteilaktionen (kreativ sein)
- Messen, Gewerbeausstellungen etc.
- bei Abfallentsorgungsstellen in Gemeinden
- vor Einkaufszentren
- etc.

Der Stand der SVP Uri, Schwyz, Luzern, Zug, Nidwalden, Obwalden, an der diesjährigen LUGA Ende April in Luzern war ein voller Erfolg. Das Interesse der Messebesucher war sehr gross. Sie standen Schlange, um mit unseren prominenten Gästen zu reden, an unserem Wettbewerb teilzunehmen und vor allem um unsere Selbstbestimmungsinitiative „Schweizer Recht statt fremde Richter“ zu unterschreiben. Insgesamt konnten rund 2'000 Unterschriften gesammelt werden.



Der Erfolg der SVP an der Berner BEA war dieses Jahr überwältigend. „Die Unterschriftenbogen werden einem förmlich aus der Hand gerissen“ erzählte Nationalrat und Ständeratskandidat Albert Röstli. Es konnten auch etliche Beitritte verzeichnet werden, insbesondere nach dem Gerichtsurteil gegen die SVP.

Bestellen Sie jetzt Material für Ihre Anlässe!



Tischsets
(Pack 50 Stk.)

CHF 5.00

Menge:



Bierdeckel (DE/FR/IT/RU)
(Pack 300 Stk.)

GRATIS

Menge:



Servietten
(Pack 250 Stk.)

CHF 15.00

Menge:



Ballone mit SVP UDC Logo
(Pack 50 Stk.)

CHF 15.00

Menge:



Plastik - Trinkbecher 3dl
(Pack 80 Stk.)

CHF 8.00

Menge:



Ballone mit Schweizerkreuz
(Pack 50 Stk.)

CHF 15.00

Menge:



Tischtuchrolle SVP-Logo

Plastik 100m Rolle, Breite 1m
Papier 4x10m Pack, Breite 1m

Plastik CHF 40.00

Menge:

Papier CHF 19.00

Menge:



Handyputzer

(Display Cleaner für Handy, Smartphone, Tablet oder Notebook)

(Pack 50 Stk.)

CHF 5.00

Menge:

Flaggen und noch mehr Artikel unter:

www.svp.ch/partei/shop

Name / Vorname

Strasse

PLZ / Ort Kanton

Telefon E-mail

Datum / Unterschrift

Bitte einsenden an:

Generalsekretariat SVP

Postfach 8252

3001 Bern

Telefon-Nr. 031 300 58 58

Telefax-Nr. 031 300 58 59

Mail: info@svp.ch



DER NEUE OUTBACK 4x4. DENKT MIT.



 **EyeSight**
Driver Assist Technology

- Adaptiver Tempomat
- Spurwechsel- und Spurhalteassistent
- Notbremsassistent
- Kollisionsschutz- und Anfahrassistent

AB FR. 34'500.-.

*OUTBACK-MODELLE

MIT EYESIGHT AB FR. 40'950.-.

DER 4x4 FÜR DIE SCHWEIZ



Confidence in Motion

Die beispielhafte Verkörperung der Subaru-Maxime «Power & Control». Kräftig und dynamisch. Stylish (neues Design) und komfortabel (zum Beispiel Top Audio-Anlage). Der sicherste Outback aller Zeiten mit Symmetrical AWD, X-Mode für noch bessere Traktion, Hill Descent Control Bergabfahrhilfe und neu EyeSight, dem proaktiven, vom IIHS als bestes Crash-Präventions-System ausgezeichneten Fahrassistenten für heikle Situationen.

*Abgebildetes Modell: Outback 2.5i AWD Swiss, Lineartronic, 5-türig, 175 PS, Energieeffizienzklasse F, CO₂ 161 g/km, Verbrauch gesamt 7,0 l/100 km, Fr. 41'850.- (inkl. Metallic-Farbe). Outback 2.0D AWD Advantage, man., 5-türig, 150 PS, Energieeffizienzklasse C, CO₂ 145 g/km, Verbrauch gesamt 5,6 l/100 km, Benzinäquivalent 6,3 l/100 km, Fr. 34'500.- (mit Farbe Venetian Red Pearl).

www.subaru.ch SUBARU Schweiz AG, 5745 Safenwil, Tel. 062 788 89 00. Subaru-Vertreter: rund 200. www.multilease.ch. Unverbindliche Preisempfehlung netto, inkl. 8% MWSt. Preisänderungen vorbehalten. Durchschnitt aller in der Schweiz verkauften Neuwagenmodelle (markenübergreifend): CO₂ 144 g/km.

Nein zur Stipendien-Initiative

Die Initiative fordert, dass die Rechtsetzungskompetenz bei der Stipendienvergabe von den Kantonen neu zum Bund verlagert werden soll. Dies ist ein Eingriff in unser föderalistisches System. Zudem wollen die Initianten, dass die Bezügerquote von Stipendien massiv steigen soll, was zu jährlichen Mehrausgaben von 500 Millionen Franken für den Bund führen wird.

Heute sind im Stipendienwesen der Schweiz keine Missstände zu erkennen. Die Chancengleichheit, eine tertiäre Ausbildung absolvieren zu können, ist gewährleistet. Für Familien mit tiefem Einkommen sind genügend Stipendien vorhanden. Die Hoheit der Vergabe liegt bei den Kantonen, und das ist auch gut so. Es spricht nichts dafür, diese Kompetenz neu auf Bundesebene zu regeln, wie

dies die Initiative fordert. Das würde einmal mehr unseren Föderalismus schwächen und den Staat unnötig aufblähen. Das heutige System funktioniert sehr gut, es besteht kein Bedarf, dies zu ändern.

Die Initiative schiesst übers Ziel hinaus und kostet den Steuerzahler jährlich 500 Millionen Franken

Weiter fordert die Initiative, dass mit

der Vergabe von Stipendien ein minimaler Lebensstandard der Studierenden erreicht wird. In erster Linie wollen die Initianten mehr Bundes-subsidierungen. Diese angestrebte Zunahme der Bezügerquote bedeutet für den Bund, also für uns Steuerzahler, jährliche Mehrausgaben von mindestens 500 Millionen Franken (dazu kommen noch nicht bezifferte Ausgaben für Verwaltungsaufwand beim Bund). Dieses Geld müsste in anderen Bereichen der Bildung gespart werden. Das würde auch die Berufsbildung zu spüren bekommen und unser duales Bildungssystem schwächen.

Ausbildungsbeiträge sind nicht der Grund für einen erfolgreichen tertiären Abschluss

Heute ist die Mehrheit der Studierenden erwerbstätig. Eine grosszügige Ausschüttung von Stipendien erhöht den Anreiz, möglichst bequem beim Staat die hohle Hand zu machen, statt das Geld neben dem Studium in der Privatwirtschaft zu verdienen und somit wichtige praktische Berufserfahrungen zu sammeln. Grosszügiger ausbezahlte Stipendien tragen nicht dazu bei, ein Studium erfolgreich abschliessen zu können, geschweige denn später einen Job zu finden.



von Nationalrätin
Nadja Pieren,
Burgdorf (BE)

NEIN zur schädlichen Stipendien-Initiative, weil:

- ▶ wir den Kantonen die Verantwortung für die Stipendienvergabe nicht entziehen wollen;
- ▶ wir das gut funktionierende föderalistische System nicht schwächen wollen;
- ▶ keine Ungerechtigkeit bei der Vergabe von Stipendien besteht;
- ▶ wir andere Bildungsbereiche, vor allem die duale Berufsbildung, finanziell nicht schwächen wollen;
- ▶ Zusatzkosten von jährlich minimal 500 Millionen Franken für Bund und Kantone nicht tragbar sind.



Die SVP Schweiz empfiehlt die NEIN-Parole zur «Stipendien-Initiative».
Mehr Informationen: www.svp.ch/kampagnen

SRF: teuerstes TV in ganz Europa

Der Staatssender kostet bereits heute viel zu viel! 462.40 Franken bezahlen Schweizerinnen und Schweizer für die Billag. Das ist mit Abstand der höchste Betrag in ganz Europa.

Die SRG ist viel zu teuer. Bereits heute verfügt der Staatssender über ein fürstliches Budget von 1,6 Milliarden Franken pro Jahr. Rund vier Millionen Franken Gebührengelder verpulvert die SRG täglich. So kann und soll es aber nicht weitergehen! Gesenkt wurden die Gebühren nie. Unter dem Schlagwort «Service public» haben sich die Fernsehbosse ein riesiges und viel zu teures Königreich geschaffen. Wird die neue Billag-Mediensteuer am 14. Juni vom Schweizer Stimmvolk angenommen, wird die SRG auf ihrem aufgeblähten Niveau zementiert und weiter ausgebaut. In wenigen Jahren sind 1000 Franken Billag-Mediensteuer pro Haushalt und Jahr traurige Realität.

... bald über 1000 Franken!

Schweiz	462.40 Fr.
Deutschland	258.20 Fr.
Österreich	333.90 Fr.
Frankreich	154.90 Fr.
Italien	132.10 Fr.
Grossbritannien	215.00 Fr.

Quellen: Recherche Blick / Regulierungs-Monitoring 2012/13 IPMZ, Wikipedia, Sender, Fremdwährungen zum Tageskurs in Franken umgerechnet

Deshalb am 14. Juni

NEIN

Änderung des Bundesgesetzes
über Radio und Fernsehen
Neue Billag-Mediensteuer

www.mediensteuer-nein.ch

Überparteiliches Komitee Nein zur neuen
Billag Mediensteuer, Postfach, 3001 Bern

GOAL GLOSSAR

Agitation

Die richtige Positionierung erarbeiten, die richtige Botschaft entwickeln, die richtige Visualisierung finden sowie die richtigen Massnahmen ergreifen – das sind die Voraussetzungen für erfolgreiche Kampagnen. Deshalb sind wir für unsere Kunden gerne Agitatoren.

Agitation

<lat.> agitare – «betreiben»,
«verhandeln», «überlegen»

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
8600 Dübendorf / ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

ÜBERSETZEN,
LEKTORIEREN, REDIGIEREN
AAREPTAN
Obermattenweg 5, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
aareptan@gmail.com



Übersetzungen
Mobile: 079/372 79 74
felix@adapteam.ch
www.adapteam.ch



**MEHR ALS EINE
DRUCKEREI**

DIETSCHI PRINT&DESIGN AG
Ziegefeldstrasse 60 4601 Olten

T 062 205 75 75 F 062 205 75 00 www.dietschi.ch

IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 55'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach 8252 | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Kevin Crausaz | Bildquellen: SVP Schweiz, Cartoonexpress.ch, Parlament.ch.

Absurd und ungerecht

Mit der neuen Billag-Mediensteuer werden Privatpersonen und Unternehmen künftig noch stärker zur Kasse gebeten. Viele sogar doppelt, egal ob sie überhaupt Fernsehen oder Radio hören. Deshalb ist das revidierte Radio- und Fernsehgesetz am 14. Juni unbedingt abzulehnen.

Ob Schreiner, Maurer, Lastwagenfahrer oder Friedhofsgärtner – die meisten Berufsleute können während der Arbeit unmöglich TV schauen. Wer mit giftigen oder spitzen Gegenständen arbeitet, darf aus Sicherheitsgründen nicht fernsehen. Unternehmen mit Arbeitsplätzen im kaufmännischen Bereich schränken die Nutzung der entsprechenden Programme sogar aktiv ein und lassen TV-Portale, YouTube und Internetzugänge sperren. Dennoch sollen mit der neuen Billag-Mediensteuer alle zur Kasse gebeten werden. Viele sogar doppelt. Ein Bäcker zum Beispiel lässt sich morgens um zwei Uhr von seinem Radio wecken. Dafür zahlt er Billag-Gebühren. Eine halbe Stunde später geht er runter in die Backstube und wird dort gleich nochmals geschöpft.

„Mit dem Köder, die neue Billag-Mediensteuer würde kurzfristig sinken, erhalten Bundesrat und SRG einen Blankocheck, um die Steuer danach willkürlich zu erhöhen.“

Beiträge werden weiter steigen

Auch die Höhe der neuen Mediensteuer hat es in sich. Heute bezahlt eine Privatperson für ihren Haushalt, sofern sie Radio empfangen kann und dies nutzt, jährlich 169.15 Franken. Für den Empfang und Konsum der Fernsehprogram-

Alle kassieren ab!

So bedient sich die SRG-Spitze an Ihrem Geld. Eine Übersicht:

Verwaltungsratspräsident Raymond Loretan: Bei einem Pensum von 50 Prozent verdient er **152 800** Franken Jahreslohn. Hochgerechnet auf 100 Prozent ergibt dies **305 600** Franken.

Verwaltungsratsmitglieder: Bei einem Pensum von 20 Prozent verdient ein normales Verwaltungsratsmitglied im Schnitt **72 533** Franken. Hochgerechnet auf 100 Prozent ergibt dies – inklusive Spesen- und Repräsentationspauschalen – ein stolzes Gehalt von **362 655** Franken.

Regionalvorstandspräsident Viktor Baumeler: Für sechs Sitzungen inklusive Vorbereitung verdient er **40 000** Franken plus Spesen jährlich.

Die sechs Geschäftsleitungsmitglieder erhalten im Schnitt satte 409 500 Franken Jahreslohn.

Zusätzlich kassieren die 11 Mitglieder des Regionalvorstands je rund 20 000 Franken.



me kommen nochmals 293.25 Franken dazu. Macht zusammen 462.40 Franken. Wer sich das nicht leisten kann oder die Programme von Radio oder Fernsehen gar nicht nutzen will, der kann sich heute von der Billag-Gebührenpflicht befreien lassen. Mit der neuen Mediensteuer ist das nicht mehr möglich. Jeder wird jährlich 400 Franken bezahlen müssen. Wer bisher gelegentlich im Auto Radio gehört hat und dafür 169.15 Franken aufbringen musste, der bezahlt bald mehr als das Doppelte, auch wenn er nie TV schaut. Ein Unternehmen ab einem Jahresumsatz von 500'000 Franken bezahlt bis zu 39'000 Franken pro Jahr. Damit noch nicht genug: Mit dem Köder, die neue Billag-Mediensteuer würde kurzfristig sinken, erhalten Bundesrat und SRG einen Blankocheck, um die Steuer danach willkürlich zu erhöhen, ohne

dass das Volk oder das Parlament etwas dagegen unternehmen können.

Keine weiteren Steuern

Wirtschaft und Gesellschaft in der Schweiz stehen zurzeit mit der Frankenstärke vor immensen Herausforderungen. Wohlstand und Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel. Anstatt die Unternehmen und die Privathaushalte zu entlasten, soll nun – neben Bundessteuer, Kantonssteuer, Gemeindesteuer, Kirchensteuer, Mineralölsteuer, Mehrwertsteuer usw. – eine weitere Steuer eingeführt werden. Das müssen wir mit allen Mitteln verhindern. Zum Wohle unseres Landes.



von Nationalrat
Felix Müri,
Emmenbrücke (LU)

Die SVP Schweiz empfiehlt die NEIN-Parole zur Änderung vom 26. September 2014 des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen.
Mehr Informationen: www.billag-mediensteuer-nein.ch



Smarte Nutzfahrzeuge für den flexiblen Einsatz

K01H 3-Seiten-Kipper
CHF 19'950.-*
CHF 25'050.-* 4x4



Klein, wendig, sparsam und günstig.
 Mit Swiss Finish für höchste Qualitätsansprüche.



K01H
 Chassis-Kabine
 CHF 11'550.-*
 CHF 16'650.-* (4x4)



K01H
 Werksbrücke
 CHF 11'950.-*
 CHF 17'050.-* (4x4)



K01H Voll-Alu-
minium-Brücke
 CHF 16'450.-*
 CHF 21'550.-* (4x4)



V21
 Chassis-Kabine
 CHF 12'550.-*
 CHF 17'650.-* (4x4)



V21
 Werksbrücke
 CHF 12'950.-*
 CHF 18'050.-* (4x4)



V21 Voll-Alu-
minium-Brücke
 CHF 17'450.-*
 CHF 22'550.-* (4x4)



V21
 3-Seiten-Kipper
 CHF 20'950.-*
 CHF 26'050.-* (4x4)



V22
 Chassis-Kabine
 CHF 13'050.-*
 CHF 18'150.-* (4x4)



V22
 Werksbrücke
 CHF 13'450.-*
 CHF 18'550.-* (4x4)



V22 Voll-Alu-
minium-Brücke
 CHF 17'950.-*
 CHF 23'050.-* (4x4)



V22 Doppelkabine
mit 3-Seiten-Kipper
 CHF 21'450.-*
 CHF 26'550.-* (4x4)

AG DOCAR

Infos und Händler-
 verzeichnis unter
www.docar-dfsk.ch

DOCAR AG
 Emil-Frey-Strasse
 5745 Safenwil

Ausstattung: Antiblockiersystem (ABS), Tagesfahrlicht, Servolenkung mit elektrischer Lenkunterstützung, Zentralverriegelung, manuelle Klimaanlage, Radio-CD, elektrische Fensterheber, Swiss Finish ab Safenwil inklusive Hohlraum-Behandlung, 2 Jahre DOCAR DFSK-Assistance.

* Preise exkl. 8% MWST, unverbindliche Preisempfehlung.



Emil Frey AG
 Nutzfahrzeug- und Fahrzeugbaucenter
www.carrosseriewerk.ch

Keine schrankenlose Fortpflanzungsmedizin

Wenn Volk und Stände am 14. Juni der Verfassungsänderung über die Fortpflanzungsmedizin und Gentechnik zustimmen, öffnet dies Tür und Tor für das sehr weit gehende Fortpflanzungsmedizinengesetz. Das neue Gesetz erlaubt die Präimplantationsdiagnostik (PID) und damit auch das Urteilen zwischen lebenswertem und nicht lebenswertem Leben.

von Nationalrätin Verena Herzog, Frauenfeld (TG)

Als Mutter dreier Kinder habe ich grosses Verständnis für kinderlose Ehepaare, die nach einfacheren Hilfsmitteln suchen, um sich den innigen Kinderwunsch zu erfüllen. Durch die Verfassungsänderung soll die PID aber nicht nur für erblich belastete Eltern (ca. 100 pro Jahr), sondern für alle Paare, die mittels künstlicher Befruchtung ein Kind erhalten möchten (ca. 6000 pro Jahr), zugelassen werden. Kranke Embryonen können mit dieser Methode ausgeschieden werden.

Wo bleibt die Menschenwürde?

Die Zulassung der PID hebt die Menschenwürde aus. Die Achtung der Menschenwürde ist aber oberstes Prinzip eines Rechtsstaates. Unantastbar soll sie Schutz für jedes Menschenleben sein. Die Präimplantationsdiagnostik gibt ein gefährliches Signal, dass Behinderte kein lebenswertes Leben haben. Der Druck und die Gefahr steigen, dass die Gesellschaft nicht mehr bereit ist, Krankheitskosten solidarisch mitzutragen. Müssen sich Eltern bald entschuldigen für ihr behindertes Kind? Auch eingeschränktes Leben birgt neben Herausforderungen viel „Sonnenschein“ und ist wertvoll für betroffene Familien und die Gesellschaft.



Die Präimplantationsdiagnostik gibt ein gefährliches Signal, dass Behinderte kein lebenswertes Leben haben.

Grenzenlose Ansprüche

Der Schritt zur Selektion von „Kindern nach Mass“ mit gewünschtem Geschlecht oder bevorzugten Eigenschaften ist bei der Zustimmung zur PID nicht mehr gross. Die Forschung kann heute bereits Gene von Embryonen verändern.

Die Grenzenlosigkeit zeigt sich auch mit dem Einfrieren von unbefruchteten Eizellen. Mit der PID, im Moment noch auf zehn Jahre begrenzt, soll die biologische Uhr bald ausgetrickst werden. Bereits haben Grosskonzerne ihren Mitarbeiterinnen das kostenlose Einfrieren ihrer Eizellen angeboten. Arbeitsverträge, die den Zeitpunkt der

Schwangerschaft mit einer Sperrfrist belegen, werden folgen.

NEIN zur Gentechnik

Sollen bald genmanipulierte Wunschkinder, womöglich mit Müttern im Pensionsalter, aufwachsen müssen? Der menschliche Körper ist hochkomplex, dessen Gesetzmässigkeiten und zeitlichen Abhängigkeiten dürfen nicht einfach unterlaufen werden. Mit oder ohne Forschung: Jede Geburt eines Kindes ist ein Wunder! Oder bald nicht mehr? Eine schrankenlose Fortpflanzungsmedizin und Gentechnik kann nicht der richtige Weg sein. Der Respekt vor dem Leben und auch vor dem behinderten Leben muss weiterhin Vorrang haben.

Die SVP Schweiz empfiehlt die NEIN-Parole zum Bundesbeschluss vom 12. Dezember 2014 über die Änderung der Verfassungsbestimmung zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich.

Mehr Informationen: www.nein-zur-pid.ch



Keine neuen Steuern!

Erbschaftssteuer vernichtet Arbeits- plätze und macht uns alle ärmer.

Die Erbschaftssteuer-Initiative gefährdet den Fortbestand von Familienbetrieben und vernichtet Arbeitsplätze.

Jetzt reicht's! Die Erbschaftssteuer führt nach der Einkommens- und Vermögenssteuer zu einer dritten Besteuerung des gleichen Geldes.

23 Kantone haben die Erbschaftssteuer für direkte Nachkommen abgeschafft. Die Initiative will sie wieder einführen.

Am 14. Juni:

Erbschaftssteuer

NEIN

www.erbschaftssteuer-nein.ch